

Nix Neues aus Mali?

Georges Hallermayer

Könnte man meinen, wenn man der französischen Außenministerin Catherine Colonna Glauben schenken würde: „Die Militärjunta navigiert auf Sicht, von einem Misserfolg zum nächsten“ (Le Monde 2. Sept.). Auf Sicht soll heißen ohne Karte, ohne Plan. Für die Misserfolge sollen wohl der Islamische Staat (EIGS), Al Qaida (GSIM) und Katiba Macima sorgen, die sich so stark wännen, dass sie sich gegenseitig in die Quere kommen, wie am 9. September in der 15.000 Einwohner zählenden Stadt Telataye bei Gao (Mali Actu), eine Hälfte unter dem Einfluss der CSIM, die andere von der, sie bekämpfende CMA, die mit der Regierung verhandelnde „Coordination des mouvements de l’Azawad“

Ein wichtiger Erfolg für die Übergangsregierung war im Juli, dass die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft COMESA die Begrenzung der Transition bis März 2024 akzeptierte und die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen aufgehoben hatte. Mali konnte die aufgelaufenen Kredite, nach der Ratingagentur Moodys über eine halbe Milliarde Dollar, wieder bedienen (Jeune Afrique 8. Juli), der Internationale Währungsfonds entsperrte seine Kreditrate. Aktuell gewährte die Westafrikanische Entwicklungsbank BOAD auch einen Kredit über 13 Mio. Euro für Projekte zur Stromversorgung, wie das Kommunique des Ministerrats am 7. September auswies (Mali Actu).

Am 5. September konnte sich der als Mediator fungierende frühere nigerianischen Präsidenten Goodluck Jonathan in Bamako von den „avancee“ der Reformen überzeugen (maliactu), wie auch die GST-Mali, „groupe de soutien a la transition malienne“ (Gruppe der Unterstützer der malischen Transition). Die mit dem Einverständnis der malischen Regierung von der Afrikanischen Union gegründete, und von ECOWAS und UN geführte GST-Mali hat am 6. September in der togolesischen Hauptstadt Lome die Berichte der malischen Regierungsdelegation mit vier Ministern diskutiert: zum Stand der Vorbereitungen der Wahlen, zur Sicherheitslage und zur wirtschaftlichen und humanitären Situation (Le Monde Afrique 7. Sept.).

Der gastgebende togolesische Außenminister rief zur „regionalen Solidarität mit dem Bruderland“ auf (maliactu 7. Sept.), und der anwesende Chef der UN-Mission in Mali MINUSMA, der Mauretanier El Ghassim Wane, hob anerkennend die Fortschritte hervor: „Es wurde ein Wahlgesetz verabschiedet, eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingesetzt, Anstrengungen unternommen, um ein unabhängiges Wahlkomitee einzurichten und der Friedensprozess (im Norden) wieder in Gang gebracht ... aber auch die Herausforderungen zu identifizieren, damit Mali die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung bis März 2024 erfolgreich abschließen kann.“ (Mali actu 7. Sept.).

Angesichts der Fortschritte in der „schrittweisen Normalisierung“ forderte Außenminister Abdoulaye Diop, auch die individuellen Sanktionen und Suspendierung der Afrikanischen Union aufzuheben (Le Monde 7. September). Auch MINUSMA wird ihre Aktivitäten beibehalten. Die Koordination mit FAMa (Forces

armées maliennes, Streitkräfte Malis) scheint hergestellt, wie selbst die Bundeswehrbeauftragte Eva Högl der „Welt am Sonntag“ bestätigte, auch wenn sie die deutsche Beteiligung an der UN-Mission hinterfragt. Die Mobilität sichert die spanische „Swiftair“ (Africa Intelligence 6. Juli) und das zurückgekehrte Bundeswehrrkontingent (rtbf 6. Sept.) wird besonders im Norden die UN-Mission verstärken. So konnte zum Beispiel in Gao das „Tribunal de grande instance“, der Oberste Gerichtshof, nach neun Monaten Abwesenheit seine Tätigkeit wieder aufnehmen (maliactu 9. Sept.).

Am 12. September ist Redaktionsschluss angesagt für die eingesetzte „Redaktionskommission der Neuen Verfassung“ CRNC, nach zweimonatiger Tätigkeit ihren Entwurf vorzulegen. „Die institutionelle Praxis hat Fehlfunktionen offenbart, die zu Brüchen in der verfassungsmäßigen Ordnung geführt haben. Dies wirft Fragen über die Stärke der verschiedenen Institutionen, die Beziehungen zwischen ihnen und die Funktionsweise des institutionellen Systems im Allgemeinen auf,“ gab Übergangspräsident Assimi Goita der Kommission am 12. Juli auf den Weg. In dieser relativ kurzen Zeit hielt die Kommission unter Prof. Foussenyi Samake breit angelegte Konsultationen. Zuerst schriftliche Stellungnahmen der politischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft mit einer stichpunktartigen Zusammenfassung vorneweg (canevas indicatif), am 26. Juli Treffen mit den Parteien, dann zwei Tage später mit den Organisationen der Zivilgesellschaft. Am 2. August wurden die Vorschläge der politischen Organisationen, der Zivilgesellschaft und der traditionellen Würdenträger des Distrikts Bamako und mehrerer Regionen im Süden angehört. Auch einzelne Malier konnten über eine Web-Seite ihre Vorschläge einbringen. Bis zum 8. August wurden mehr als 10.000 Beiträge gezählt. Die Kommission teilte sich in sechs Untergruppen. Jede Untergruppe mit spezifischen Themen erstellte Artikelentwürfe, die gemeinsam gegengelesen wurden. Der geschaffene Verfassungsentwurf soll "den Erwartungen des Volkes entsprechen und die Grundlage für starke Institutionen und ein gesundes und ausgewogenes politisches Spiel zwischen den verschiedenen institutionellen Akteuren sein", hatte Übergangs-Präsident Assimi Goita vorgegeben. (Journal du Mali 9. Sept.).

Es wird sich zeigen, inwieweit sich die Unterzeichner des 2015er Friedens-Abkommen von Algier bezüglich der stärkeren Gewichtung der Nordprovinzen im Verfassungsentwurf berücksichtigt finden. Die „Koordination der Azawad-Bewegungen“ hatte jedenfalls am 17. Juli auf ihrer Konferenz in Kidal in Anwesenheit der Vertreter der Übergangs-Regierung und MINUSMA sich „verlassen“ gezeigt, „mit großer Sorge die kontinuierliche Verschlechterung der soziopolitischen Lage“, beklagt (Le Monde Afrique). Der von einem Herzanfall heimgesuchte Premierminister Chogul Maiga war ein erklärter Gegner des Friedensabkommens, aber auch des Wahlgesetzes (Jeune Afrique 22. Juni). Der ihn ersetzende Colonel Abdoulaye Maiga, Minister für die Territorialverwaltung und Dezentralisierung, und seit letztem Dezember Regierungssprecher, wird nicht nur frischen Wind in die Regierungsgeschäfte bringen, sondern auch in die Verhandlungen mit der CMA (Journal du Mali 8. Sept.).

Der Monat August war nach der monatlichen Pressekonferenz der Armee FAMA (DIRPA) von den Attacken gegen die FAMA geprägt, die mit den Problemen der Mobilität zu kämpfen habe, mit ihren Schwertransportern gegen mobile Terroristen auf Motorrädern anzugehen. (Das Africa Center des Pentagon registrierte 2022

einen Anstieg terroristischer Attacken um 21 Prozent in der Sahelzone, so Nick Turse auf der Website „Intercept“ am 4. September.) Aber die „Operation Maliko“ konnte mit Luftunterstützung mehrere Führer der Islamisten unter den 137 gezählten Toten ausschalten und zahlreiches Kriegsgerät einsammeln. Nach Aussagen des Generalstabschefs, General Oumar Diarra sei die Ernte-Kampagne 2022 nicht so bedroht wie die in den Vorjahren. Die FAMA sei „im Gegensatz dieses Jahr sehr dynamisch.“ (Malijet 9. Sept.). Allerdings sind im Lande infolge der djihadistischen Überfälle 900 Schulen geschlossen worden, im Nachbarland Burkina Faso 2000, wie UNICEF zum Schuljahresende berichtete. (maliactu 8. Sept.). Die Anwesenheit russischer Soldaten, in der westlichen Presse als „Gruppe Wagner“ verschrien, wird auf Demonstrationen begrüßt. Die zuletzt von Radio France International gemeldeten angeblichen „Vergewaltigungen in Rio Oro“ beruhen auf telefonischen Aussagen. Im Gegensatz klagt Premierminister Maiga vor dem UN-Sicherheitsrat Frankreichs Regierung an, Terroristen mit Waffen und logistischen Satelliteninformationen zu unterstützen (maliactu 11. Sept.).

Der Außenminister in Guineas Übergangsregierung, Morissanda Kouyate bekräftigte die „solide Unterstützung“ im Kampf gegen den Terrorismus, denn „alles, was in Mali geschieht, geschieht auch in Guinea ... Colonel Goita habe den von Gründungsvater Ahmed Sekou Toure (der erste Präsident Guineas) vorgezeichneten Weg zur Wiedererlangung der afrikanischen Würde aufgezeigt.“ Die Regierungen der Nachbarstaaten im Sahel wie Niger haben ebenfalls um grenzsichernde Zusammenarbeit nachgesucht, auch wenn Cote d'Ivoire die Kosten für die Stationierung ihrer als Putschisten festgenommenen 47 Militärs aufkommen soll (CGTN 11. Sept.).

Mali ist bitterarm. Den drohenden Hunger, nicht zuletzt durch die 60prozentige Erhöhung des Preises für Weizenmehl verursacht, gilt es abzuwenden (China daily 9. Sept.). Die in diesem Monat vorgenommene Erhöhung der Steuern für bestimmte Waren wie Parfümerie Kosmetik und für Autos zum privaten Gebrauch kann allerdings nur kleines Mosaiksteinchen auf dem Weg sein.¹ Die soziale Brisanz des Kampfes gegen den Terror - die Notwendigkeit, über die soziale Entwicklung den terroristischen Sumpf auszutrocknen, wird versucht Rechnung zu tragen: Im Dialog mit politischen Parteien, Assoziationen der Zivilgesellschaft hat die Regierung mit der Afrikanischen Entwicklungsbank BAD wird der Projektplan (SDP 2021 – 2025) diskutiert: 21 landwirtschaftliche Projekte im Privatsektor mit einem Investitionsvolumen von 560 Mio. Euro werden in den Konfliktzonen realisiert². Die Brisanz sei mit einem Vergleich ins rechte Licht gerückt: Im malischen Kindbett stirbt ein Vielfaches an gebärenden Frauen wie durch bewaffnete Konflikte insgesamt Menschen getötet werden (2017: 4400 Frauen/946 Terroropfer – 2015: 4.400/320). Allein im Jahr 2017 starben mehr Frauen und Mädchen bei der Geburt als der islamistische Terror in den sechs vorangegangenen Jahren insgesamt an Menschenleben kostete (ISSA 24. Juni 2022).

Nichts Neues in Mali? Doch, ein Volk ist auf dem Weg und ihre Regierung hat zwei von drei „Hemmnisse des demokratischen Fortschritts“ beseitigt, wie sie Kwame Nkrumah, der erste Präsident Ghanas, in seinem Buch „Neokolonialismus – das letzte Stadium des Imperialismus“ 1965 benannte: Erstens die als Entwicklungshilfe

1 Maliactu.net 7. Sept. 2022: „Communique du Conseil des ministres du mercredi 07 septembre 2022“

2 Ecofin 14. Sept. 2022: „Mali : une délégation de la BAD va évaluer le portefeuille de projets dans le pays“

und Budgethilfe bezeichneten korruptiven „Zahlungen für den Staatsapparat“, zweitens die direkte Einflussnahme und Direktiven durch Berater oder Sondergesandte bezeichneten „Vertrauenspersonen der Geldgeber in wichtigen Funktionen“. Das dritte Hemmnis, die unsichtbare „Kontrolle des Geldverkehrs mit dem Ausland durch Errichtung eines von den imperialen Mächten kontrollierten Zentralbanksystems“ wird noch aus dem Weg zu schaffen sein - sei es durch die Emission einer eigenen nationalen Währung, wie es der erste Präsident Mobido Keita mit dem in der Tschechoslowakei gedruckten „Mali-Franc“ unternahm – oder durch die bis 2027 einzusetzende Gemeinschaftswährung der COMESA, den ECO.

Georges Hallermayer, 11. Sept. 2022, updated 15. Sept. 2022